

"Bonn anerkennt die Oder-Neisse Grenze" in Luxemburger Wort (8. Dezember 1970)

Quelle: Luxemburger Wort. 08.12.1970, n° 342; 123e année. Luxembourg. "Bonn anerkennt die Oder-Neisse Grenze", auteur:Krämer, Christian , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bonn_anerkennt_die_oder_neisse_grenze_in_luxemburger_wort_8_dezember_1970-de-d5d9d786-ab99-4bb5-aoe3-8d524f7b3dao.html



Publication date: 24/11/2016

Bonn anerkennt die Oder-Neisse Grenze

Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags in Warschau

Von Christian Krämer (Bonn)

Am 7. Dezember wurde eine für die Deutschen überaus schmerzliche Wahrheit in Gestalt eines Vertrages unterzeichnet: Die Gebiete östlich der Flüsse Oder und Neisse, die ehemaligen deutschen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien stehen nicht länger nur „unter polnischer Verwaltung“ (wie es im Potsdamer Abkommen aus taktischen Gründen niedergeschrieben wurde), sondern sind endgültig polnisches Territorium. Die Fiktion vom „Deutschland in seinen Grenzen von 1937“, auf die sich bisher der Wiedervereinigungsanspruch gestützt hatte, existiert nicht mehr. Mehr als 31 Jahre, seitdem Hitler mit der verlogenen-zynischen Behauptung „seit heute morgen wird zurückgeschossen“ den Überfall auf Polen zu rechtfertigen suchte, ist nach dem ostdeutschen Diktaturregime auch die freigewählte demokratische westdeutsche Regierung bereit, den Preis des Zweiten Weltkrieges zu akzeptieren: Den Verlust von fast einem Viertel des deutschen Staatsgebietes.

Man darf unterstellen, daß sich die Unterzeichner des deutsch-polnischen Vertrages der Tragweite ihres Schrittes bewußt waren. Während die Gesichter der Polen Erleichterung und Genugtuung verrieten, wirkten die Züge des deutschen Bundeskanzlers wie versteinert. Ebenso wie Außenminister Scheel wird er künftig mit perfidem Vorwurf leben müssen, die „nationalen Interessen verraten“ und „deutsches Land verschenkt“ zu haben. Beide waren sich über diese Konsequenzen im klaren, doch im Gegensatz zu den deutschen Emissären, die nach dem Ersten Weltkrieg den Versailler Vertrag erst unterzeichneten, nachdem sie sich Handschuhe übergezogen hatten (um sich nicht die Hände zu „beschmutzen“), bekennen sich der deutsche Regierungschef und sein Außenminister zu ihrer Unterschrift. Mit ihr soll nach den Worten Brandts ein unheilvolles Kapitel europäischer Geschichte abgeschlossen werden, das für das deutsche und das polnische Volk namenloses Leid brachte. Auch wenn dieser Vertrag „bestimmt kein Grund zum Feiern“ sei, so stelle er dennoch einen weiteren Schritt zur „Organisierung des Friedens in Europa“ dar.

Mit Sicherheit werden jene die lautesten Vorwürfe erheben, die für das deutsche und das polnische Schicksal die größte Schuld tragen: die Nationalisten. Ohne die nationalistischen Phrasen der Nazis und ihrer Steigbügelhalter wäre es nicht zur Oder-Neiße-Grenze gekommen. Erst der Hitler-Stalin-Pakt über die Vernichtung des polnischen Staates, erst der Überfall der Wehrmacht und die unvorstellbaren Greuel der SS, erst Auschwitz, die Ermordung von Millionen polnischer Bürger und die Zerstörung des Landes und seiner Städte und schließlich erst die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus dem früheren Ostpolen durch die Russen führte zur Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen.

So instinktilos es wäre, das grausame Schicksal dieser Menschen zu leugnen, so unsinnig wäre es andererseits, deutsche und polnische Schuld gegenseitig aufzurechnen. Gewiß haben auch vernünftige und einsichtige Vertriebene die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages als schmerzlich empfunden, doch gibt es keinen anderen Weg, um aus dem Teufelskreis der Vergeltung und des Hasses auszubrechen, als die Anerkennung der bestehenden Lage. Heute aber leben etwa neun Millionen Polen in den früheren deutschen Gebieten, von denen rund fünf Millionen dort geboren sind. Wer wirklich „begangenes Unrecht rückgängig“ machen möchte, wie dies von den Gegnern des Warschauer Vertrages propagiert wird, muß die Vertreibung dieser neun Millionen in Kauf nehmen. Abgesehen davon, daß dies Krieg bedeuten würde, ist kein Alliiertes der Bundesrepublik bereit, eine solche Politik zu unterstützen.

Darüber hinaus aber ist der deutsch-polnische Vertrag kein „Verzichtsvertrag“, weil der Verzicht die Verfügungsgewalt voraussetzt. Verzichtet hat Bonn mit seiner Unterschrift lediglich auf die Illusion, daß es sich bei der Oder-Neiße-Grenze um ein „Provisorium“ handeln könnte, wie dies im Potsdamer Abkommen formuliert wurde. Die Endgültigkeit dieser Grenze ist nicht nur ein Postulat der kommunistischen Regierung in Warschau, sondern auch der katholischen Kirche, ja, des ganzen polnischen Volkes. Niemand kann im Ernst erwarten, daß Polen unter einer demokratischen Regierung zur Revision seiner Westgrenze bereit sein würde. Der Vertrag schließt lediglich die de facto ohnehin unvorstellbare neuerliche Völkerwanderung, diesmal von Westen nach Osten, auch de jure aus und könnte somit ein Auftakt zur Aussöhnung zwischen

zwei Nachbarvölkern bilden, für die der stupide Begriff von der „Erbfeindschaft“ ebenso gültig war wie für Deutsche und Franzosen.

Der Weg zu einem unbefangenen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ist aber noch lang. Als Brandt auf dem Flughafen Köln/Bonn ein letztes Wort in die Mikrophone sprach, demonstrierten vor dem Flughafengebäude Vertreter der Vertriebenenverbände mit den Fahnen der verlorenen deutschen Städte und Provinzen. Auf Flugblättern wurde angekündigt: „Wir werden diesen Vertrag niemals anerkennen, sondern seine Revision betreiben.“ Als Brandt als erster westdeutscher Regierungschef polnischen Boden betrat und die zu seiner Begrüßung angetretene Militärkapelle das Deutschlandlied spielte, bissen viele ehemalige polnische KZ-Häftlinge, unter ihnen Ministerpräsident Cyranciewicz, die Zähne zusammen.

Und dennoch sind diese aufwühlenden Emotionen an eine Generation gebunden. Wie eine kürzlich durchgeführte Befragung ergeben hat, begrüßen die Kinder der deutschen Ostvertriebenen in ihrer überwältigenden Mehrheit den Vertrag mit Polen und die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze. Über die Meinung der polnischen Jugend ist zu wenig bekannt, als daß es sich statistisch darstellen ließe, doch in dem Maße, in dem die Deutschen ihnen entgegenkommen, sind auch sie zu einem neuen Anfang im Leben der beiden Völker bereit. Wer diesen Vertrag aus der Optik des Ost-West-Konfliktes sehen wollte, käme deshalb zu einem verzerrten Bild. Er bildet die Voraussetzung für das Ende einer weiteren jener für Europa so verhängnisvollen nationalen Erbfeindschaften, die schon so oft zu Katastrophen geführt haben. Insofern ist er ein Beitrag an den Frieden.